

## NACHRICHTEN

## PHILIPPINEN

## Menschenrechtsverletzungen auf der philippinischen Insel Negros nehmen zu

„Kurz bevor ich die Philippinen verlassen habe, wurden in unserer Nachbarschaft zwei entsetzlich verstümmelte Leichen gefunden. Die Gesichter konnte man nicht mehr erkennen. Der Frau hatte man die Brüste abgeschnitten, dem Mann den Penis, den man zwischen den Beinen der Frau fand.“ Das nackte Grauen überfällt einen, wenn man den Erzählungen von *Elma Alcala* (48 J.) zuhört. Die Mutter dreier Kinder, die im vergangenen Jahr selbst aus politischen Gründen inhaftiert und gefoltert wurde, besuchte mit *Auke Idzenga* (26 J.) auf Einladung der internationalen Menschenrechtsorganisation *FIAN* (Food First Informations- & Aktionsnetzwerk) vom 14.11.-16.12. die Bundesrepublik. Die beiden sind Repräsentanten der Nationalen Zuckerarbeitergewerkschaft *NFSW* von Negros.

Diese Insel ist das wichtigste philippinische Anbauggebiet für Rohrzucker, dessen Preisverfall auf dem Weltmarkt – bedingt durch die europäische, subventionierte Exportoffensive und



Erdnüberrnte auf einer kollektiv betriebenen Farm  
aus: AMPO 1/86, S. 45

den Umstieg der USA auf den Zuckerersatzstoff Isoglucose – ab 1985 auf Negros zu einer sozialen Katastrophe führte. Den ZuckerarbeiterInnen ist es unter halbfeudalen Verhältnissen nie gut gegangen, aber nun wurden mehr als die Hälfte von ihnen arbeitslos und standen ohne jedes Einkommen da. Seitdem regieren auf Negros Hunger und Unterernährung, wovon mehr als zwei Drittel aller Kinder der Insel betroffen sind.

„Als Cory Aquino im Februar 1986 Präsidentin wurde, waren wir voller Hoffnung. Sie hatte in ihrem Wahlkampf schließlich eine Landreform, mehr Demokra-

tie und bessere Bedingungen für die Arbeiter versprochen. Aber es bleiben alles nur leere Worte. Ende letzten Jahres wurde etwa der gesetzlich festgeschriebene Mindestlohn für ZuckerarbeiterInnen auf 48,50 Pesos (= 4 DM) pro Tag erhöht, doch nicht einmal zehn Prozent der *Hacienderos* zahlen ihn. Der Durchschnittslohn auf den Zuckerplantagen von Negros liegt zwischen 20 und 30 Pesos, Kinder bekommen knapp die Hälfte. Und die Regierung Aquino kümmert sich nicht darum!“, empört sich *Elma Alcala*.

Die *NFSW* hat sich in der Vergangenheit nie allein auf die Lohnfrage konzentriert. Es ging ihr vielmehr um Land. Die Gewerkschaft bemühte sich – insbesondere als ersten Schritt, um die akute Hungersituation auf Negros anzugehen –, die wegen der Zuckerkrise brachliegenden Ländereien zunächst leihweise für den Anbau von Grundnahrungsmitteln zu bekommen. „Nach zähen Verhandlungen gelang es uns, bis zum vergangenen Jahr gut 2000 ha für unser Farmland-Programm von den Großgrundbesitzern zu erhalten“, berichtet *Auke Idzenga*, holländischer Staatsbürger, der seit drei Jahren bei der *NFSW* arbeitet. „Heute müssen wir leider feststellen, daß wir nur noch zu gut der Hälfte unseres Farmlandes Zugang haben. Die bepflanzten Ländereien wurden zerstört, den ArbeiterInnen wurde die dortige Tätigkeit verboten und diese mit Waffengewalt verhindert. Sie stehlen uns das Saatgut und die Wasserbüffel. Auf einer Hacienda wurde der Leiter des *NFSW*-Farmlandprogramms erschossen.“

Hinter diesen Attacken stecken die Großgrundbesitzer, paramilitärische Banden oder das Militär, oft alle gemeinsam. Es paßt den Herrschenden nicht, daß die ZuckerarbeiterInnen auf dem genossenschaftlich bestellten Farmland ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Zudem hat der Nationale Sicherheitsrat der USA Negros zum philippinischen Testfall für den sog. Konflikt niedriger Intensität bestimmt, der bewirken soll, daß sich die Filipinos gegenseitig bekriegen, während die USA nur die Fäden im Hintergrund führen. Es ist bekannt, daß nach dem Besuch des Ex-CIA-Generals *John Singlaub* die „vigilantes“ genannten Todesschwadronen auf Negros aus dem Boden schossen: Sie werden gezielt gegen die le-



Farmerbeiter auf Negros: Landreform ist ihre einzige Chance fürs Überleben  
aus: FEER v. 7.1.88, S. 58

gale Volksbewegung eingesetzt, und die brutalsten Morde gehen auf ihr Konto. Das Kinderhilfswerk *terre des hommes* berichtete in diesen Tagen, daß gleich mehrere ihrer Projektpartner auf Negros aus dem Bereich kirchlicher Basisinitiativen und der Kleinbauernvereinigung *SFAN* ermordet worden seien.

Großflächiger greift das Militär, das ohne jede zivile Kontrolle agiert, in die sozialen Konflikte ein. „Ich war unter den ersten, die sich 1972 der *NFSW* anschlossen“, erinnert sich *Elma Alcala*. „In jenem Jahr verhängte Marcos gerade das Kriegsrecht, aber nie haben wir unter der Diktatur eine derartige Repression erlebt wie unter der Aquino-Regierung. Erstmals liegen nun ganze Dörfer unter Granatenbeschuß, werden Gebiete bombardiert, die als Hochburgen der Guerilla gelten. Es herrscht ein regelrechter Bürgerkrieg.“

Da die philippinischen Machthaber der kommunistischen *NPA*-Guerilla nicht habhaft werden können, richten sie den Krieg verstärkt gegen die legalen Organisationen – integraler Bestandteil der Aufstandsbekämpfungsstrategie in dem südostasiatischen Staat. „Unter Aquino hat die *NFSW* bereits 26 Tote zu beklagen, Hunderte unserer Mitarbeiter wurden verhaftet und gefoltert. Auf 49 von den *NFSW* organisierten Zuckerplantagen mußten die ArbeiterInnen fälschlicherweise zugeben, Rebellen zu sein, und sich danach gleich 'ergeben'. Auf 17 weiteren Haciendas mußten sie sich von der Gewerkschaft lossagen. Letzter Angriff auf die *NFSW* war, daß das Militär am 7. Oktober elf unserer Vorstandsmitglieder wegen 'Gefährdung der öffentlichen Ordnung' anklagte – und zwar zusammen mit der Führung

des kommunistischen Untergrunds. Das ist absurd, aber unser Vorstand ist damit für die 'Vigilantes' quasi zum Abschluß freigegeben.“ Bereits jetzt kann von einer normalen gewerkschaftlichen Tätigkeit auf Negros nicht mehr die Rede sein. Viele Gebiete der Insel sind für Mitarbeiter der *NFSW* unzugänglich.

Etwas irritiert waren die beiden philippinischen Gewerkschafter, wie wenig über die reale Situation in ihrer Heimat bei uns bekannt ist. „Aber wir müssen sagen, daß selbst die Leute in Manila kaum wissen, wie es auf Negros aussieht.“

Die Medien berichten einfach nicht mehr über die *NFSW* und die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in der Provinz. Und das wäre wohl der einzige Punkt, an dem ihr uns von der Bundesrepublik aus wirklich unterstützen könnt: nicht durch Spendengelder, sondern durch Berichterstattung und öffentliche Proteste an die philippinische Regierung“, betonten die beiden auf einer Pressekonferenz in Frankfurt.

Die Idee aufgegriffen hat *FIAN* mit einer „Eilaktion“, einem Protestschreiben an *Corazon Aquino*, das gegen die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen auf Negros Stellung nimmt. Beim *FIAN*-Büro ist darüber hinaus kostenlos ein Faltblatt zum „Fall Negros“ – betreut von der Essener *FIAN*-Gruppe – sowie gegen 5,- DM ein 20seitiges Negros-Dossier zu erhalten.

Frank Braßel

Adresse von *FIAN*:  
Postfach 102 243,  
6900 Heidelberg,  
Tel. 06222/5 01 08



## PHILIPPINEN

## NACHRICHTEN

**Zwangsprostitution und Frauenhandel – Mord an philippinischem Kläger**

Am 19. August 1988, ein halbes Jahr nachdem ein holländischer Richter und Staatsanwalt zusammen mit einer Vertreterin der holländischen Stiftung gegen Frauenhandel in Den Haag in Butuan, Mindanao, einem Fall von Frauenhandel nachgehen wollten und die lokalen Behörden um Unterstützung nachsuchten, wurde der für diesen Fall zuständige philippinische Staatsanwalt, *Macario Balansag Jr.*, 50 m von seiner Wohnung entfernt von einem unbekanntem Killer erschossen. Seit Oktober 1987 steht der, bei den Behörden immer noch einflussreiche, Ex-Staatsanwalt der Stadt Butuan, *Nestorio Placer*, unter Anklage. *Nena*, die bei einer Razzia

im Dezember 1985 in einer „Sex-Farm“ im Norden Hollands als Zwangsprostituierte zusammen mit 6 weiteren Filipinas entdeckt worden war, hatte die Klage erhoben und *Nestorio Placer* beschuldigt, sie in Butuan als Hotelangestellte für die Rezeption in *Schoemans Hotel* in Holland angeworben zu haben. *Schoeman*, ein Holländer, der mit einer Filipina verheiratet ist, besitzt vier Sex-Clubs im Norden Hollands. Im Februar 1988 wurde *Schoeman* bei wiederholter Einreise in die Philippinen zur *Persona non grata* erklärt und von der Einwanderungsbehörde festgesetzt, die ihn nach Holland ausliefern sollte (Stand 18.2.88). *Nestorio Placer* gilt als einflussreich und weiß die örtlichen Behörden einzuschüchtern, sein Verteidiger, gleichzeitig Bürgermeister von *Carmen*, dem die Polizei, Abtei-

lungen des Militärs und bewaffnete Bürgerwehren unterstehen, soll ins Büro des später bei dem ermordeten amtierenden Staatsanwalts *Balansag* ins Büro eingedrungen sein und eindringlich die Einstellung der Anklage gegen seinen Mandanten gefordert haben. Trotz aller Belästigungen, Drohungen und Beschuldigungen seitens *Placers* und seines Rechtsanwaltes war *Balansag* bemüht, den Fall von Menschenhandel aufzuklären; um tatsächlich unbeeinflusst rechtsprechen zu können, versuchte er jedoch bis kurz vor seinem Tod, den Fall nach Manila vor Gericht zu bringen.

Am 25.11. forderte die Kommission Gewalt gegen Frauen des Frauendachverbandes *GABRIELA*, im Rahmen einer vom 21.-29. 11.88 in Manila stattfindenden *Asian Consultation of*

*Prostituted Women and Concerned Activists*, anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen vor dem Justizministerium die Wiederaufnahme des Falles und die Aufklärung der Ermordung des Staatsanwaltes von Butuan. Das Justizministerium fand sich zu einem Gesprächstermin mit *GABRIELA* bereit und machte die Zusage, ihren Forderungen zu entsprechen.

Die *Stiftung gegen Frauenhandel* in Den Haag fordert zusammen mit mehreren philippinischen Auslandsorganisationen in Holland auf, eine Petition via Botschaft an Präsidentin *Aquino* zu schicken, in der diesen Forderungen Nachdruck verliehen werden soll.

(Manila Chronicle v. 18.2.88; DAMAYAN-Newsletter v. 16.9.88; Stichting tegen Vrouwenhandel, Erklärung v. 17.9.88)

**Neue Regierungspartei gegründet**

Auf einem Kongreß vom 15.-17. September in Manila mit rund 5000 Teilnehmer(inne)n wurde die neue Partei *Laban ng Demokratikong Pilipina (LDP)* gegründet. Der Name bedeutet soviel wie „demokratischer Kampf des philippinischen Volkes“. Die LDP soll alle politischen Kräfte und Parteien zusammenfassen, die die *Aquino-Administration* unterstützen. In die LDP wurden vor allem die zwei wichtigsten Pro-*Aquino-Verbände* überführt, die *PDP* und *Lakas*. Vertreter dieser beiden großen „Komponenten“ der neuen Partei betonten jedoch, daß sie ihre eigenständige Identität auch innerhalb der LDP behalten wollten, so daß sich zur Beschreibung der neuen Gruppierung wohl eher das Bild einer Koalition als das einer Partei im engeren Sinne anbietet. Vorsitzender der LDP wurde der Sprecher des Repräsentantenhauses, *Ramon Mitra*. Einflußreicher Mann im Hintergrund der Parteiführung ist der jüngere Bruder *Corazon Aquinos*. *Jose „Peping“ Cojuangco*, der der *PDP* vorsitzt. Formell sollen der LDP bis jetzt etwa 75% der Mitglieder des Repräsentantenhauses angehören.

vgl. Feer v. 6.10., S. 20; NM v. 12.10., S. 3-8

**Die Rechte schließt sich in neuer Partei zusammen**

Unter Führung von Vizepräsident *Salvador Laurel* und Senator *Juan Ponce Enrile* hat sich der größte Teil der rechten Parteien Ende August zu einer neuen Oppositionspartei zusammenge-

schlossen, der *Union for National Action (UNA)*. Unter dem Dach dieser Organisation finden sich nun *Enriles Nacionalista Party (NP)*, *Laurels UNIDO*, die frühere *Marcos-Partei KBL* und die *Grand Alliance for Democracy (GAD)*. Die Bildung der *UNA* ist die Antwort der vereinigten politischen Rechten auf den Entschluß der *Aquino-Administration* alle sie unterstützenden Parteien in der neuen Koalition *Laban ng Demokratikong Pilipino (LDP)* zusammenzufassen.

vgl. NM v. 12.10., S. 9-11

**Strategiewechsel der Armee in Vorbereitung?**

Vor dem Hintergrund von Informationen, daß die philippinische Armee 1988 alle wichtigen Gefechte mit der *NPA* verloren haben soll, ist die Nachricht zu sehen, daß ein gewichtiger Flügel der Streitkräfte für einen grundlegenden Strategiewechsel bei der „Aufstandsbekämpfung“ plädiert. Basis des neuen Konzeptes soll eine 168 Seiten starke Studie des Oberst *Victor Corpus*, eines ehemaligen hohen *NPA-Offiziers*, darstellen. *Corpus* fordert darin u.a. die Auflösung aller isolierten Kontrollpunkte und Polizeiposten in von der *NPA* kontrollierten Gebieten. Sein Konzept zielt offensichtlich auf eine klare Abgrenzung der eigentlichen *NPA-Herrschaftsgebiete*, auf eine Art Entflechtung von Freund und Feind. Die gesamten Streitkräfte sollen reorganisiert und auf die Bekämpfung der zwölf wichtigsten *Guerillagebiete* konzentriert werden, die sie einkreisen. Dann sicken zuerst kleine Spezialeinheiten,

sogenannte „*Special Operation Teams*“ (*SOT*) in die Dörfer ein, die zum Umfeld der *NPA-Stützpunkte* gehören und „bringen“ sie auf die Seite der Regierung. Dabei sollen auch gezielte soziale Verbesserungen und parallel zu den „kommunistischen Massenorganisationen“ organisatorische Strukturen entlang sozialer Muster geschaffen werden. *Corpus* plädiert explizit dafür, die *maoistische Taktik* einer politisch-militärischen Organisation der Bevölkerung „umzudrehen“.

Als zweiter Schritt werden dann Bürgerwehren nach dem *Vigilantemuster* aufgebaut, die nun „*Bantay Bayan*“ genannt werden sollen, um die Regierungsherrschaft in diesen Dörfern zu konsolidieren, die Verbindungswege der *NPA* auszuschaffen und um etwaige Fluchtrouten der *Guerillas* aus dem Gebiet zu blockieren.

Schließlich sollen dann die eingekreisten *NPA-Einheiten* in ihren Basen von den überlegenen Regierungstruppen angegriffen und in eine „Entscheidungsschlacht“ zerschlagen werden.

Kern der organisatorischen Umstrukturierung der Armee, die die Voraussetzung für einen solchen Strategiewechsel schaffen soll, ist die Auflösung der bisherigen Kommandostruktur mit ihren sich häufig überlappenden Kompetenzbereichen und die Schaffung einer auf geographische Bereiche konzentrierten Kommandostruktur, in der jeweils ein Offizier die alleinige Kommandogewalt für seinen Bereich erhält. Dadurch soll ein sogenannter „Krieg der schnellen Entscheidungen“ möglich wer-

den. Insbesondere gegen diese Reorganisation soll es in der Armee heftige Widerstände geben. Ferner befürchten andere Regierungsexperten durch die Konzentration auf zwölf Kerngebiete und den Aufbau von etwa 100 *SOT-Einheiten* eine völlige Austrocknung aller anderen Fronten, was dann dort zu spektakulären Erfolgen der *Guerilla* führen könnte. Auch der von *Corpus* vorgeschlagene Transfer von wichtigen Einheiten aus *Mindanao* nach *Nord-Luzon* ist nach Regierungsangaben auf keinen Fall vorgesehen. So bleiben der Umfang der geplanten Reorganisation und damit auch das Ausmaß eines Strategiewechsels bisher umstritten.

vgl. FEER v. 22.9., S. 40-41

**Abkommen über US-Basen unterzeichnet**

Nach Verhandlungen von über 7 Monaten Dauer ist nun Ende Oktober das Abkommen über die *US-Stützpunkte* auf den Philippinen von den beiden Außenministern *Shultz* und *Manglapus* unterzeichnet und damit verlängert worden. Die Laufzeit beträgt nur 2 Jahre, von Oktober 1989 bis September 1991, und deckt damit lediglich die noch offenegebliebene Zeitspanne des ursprünglich für 25 Jahre eingegangenen Vertrages, der eben 1991 ausläuft. Bis dahin wurde nun ein sogenanntes *Kompensationspaket* vereinbart, das insgesamt 962 Mio. US\$ umfaßt. Ursprünglich hatte die *Aquino-Administration* ein Paket von mindestens 1,2 Mrd. \$ verlangt.

Das „*Kompensationspaket*“ wird sich nun in 2 Jahresraten



## NACHRICHTEN

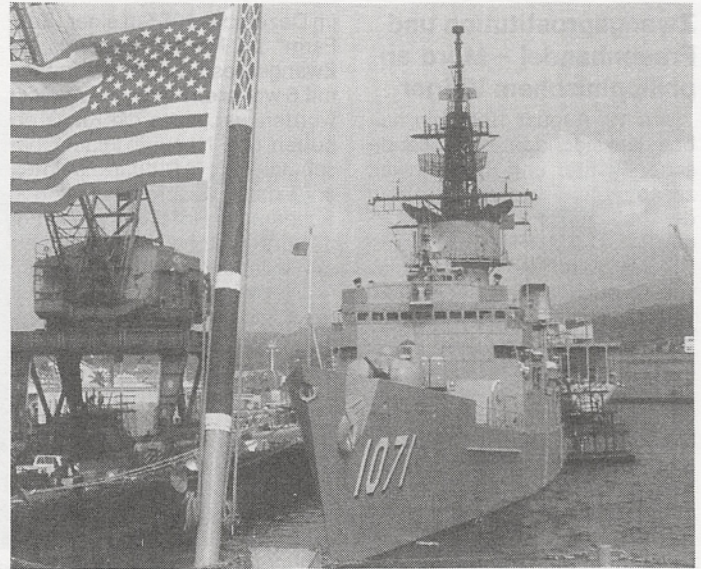
## PHILIPPINEN

von 481 Mio. \$ folgendermaßen zusammensetzen: 160 Mio. \$ werden als ökonomische Unterstützung bar und ohne weitere Festlegungen an die Regierung in Manila zur freien Verwendung gezahlt. Ferner erhält die philippinische Armee eine um 200 Mio. \$ erhöhte Material- und Ausrüstungshilfe speziell zur Aufstandsbekämpfung. Schließlich werden Entwicklungshilfe und Nahrungsmittelhilfe sowie garantierte Investitionen im Wohnungsbau im Gesamtwert von 96 Mio. \$ auf das „Paket“ angerechnet. Außerdem hat Washington zugestimmt, die Auszahlung von bereits separat bewilligten 248 Mio. \$ Wirtschaftshilfe nun beschleunigt vorzunehmen.

Ob die Unterzeichnung durch die Außenminister für die Inkraftsetzung des Abkommens aus-

reicht ist im Senat der Philippinen umstritten. Viele Senatoren gehen davon aus, daß es nach der Verfassung noch vom Senat ratifiziert werden müßte. Die Regierung dagegen besteht darauf, daß die Modifizierung eines noch laufenden Abkommens allein Angelegenheit der Exekutive sei. Erst die Verlängerung des Abkommens nach 1991 erfordere ein Votum des Senats mit einer Zweidrittelmehrheit für die Ratifizierung. Nach Angaben von Senator Tanada ist dies kaum zu erwarten, da 9 Mitglieder des 23-köpfigen Senates fest zur Ablehnung jeder Verlängerung entschlossen seien. US-Außenminister Shultz hat die Unterzeichnung mit den Worten kommentiert: „Beide Länder halten ihre Optionen offen.“

-vgl. AW v. 28.10., S. 23-24



Anti-Basis-Demonstration in Manila

aus: Asiaweek v. 28.10.88, S. 24

### Finanzminister fordert Schuldenerlaß

Finanzminister *Vincente Jayme* hat erklärt, daß das Erreichen weiteren Wirtschaftswachstums in den Philippinen unmöglich sei, wenn es nicht einen bedeutenden Schuldenerlaß und einen beträchtlichen Anstieg der Entwicklungshilfeleistungen gebe. Nach seinen Angaben liegt die Auslandsverschuldung des Landes derzeit bei 28,6 Mrd. US\$, und 1988 würden für den Schuldendienst rund 28 % der gesamten Staatseinnahmen benötigt. Unabhängige Schätzungen gehen sogar von rund 40 % aus. Jayme forderte die internationalen Kreditgeber auf, dem Land Mittel zur Verfügung zu stellen und zwar „in einer Höhe und unter Bedingungen und Konditionen, durch die ein Wachstum gewährleistet wird...“

-vgl. MDA v. 19.10.

### Eine zweite Währung auf Mindanao?

Die Bewegung für ein unabhängiges Mindanao, *MIM*, soll Berichten zufolge eine eigene Währung in Umlauf bringen, den sogenannten Mindanao-Dollar. Dieser soll die Signatur von *Ruben Carnoy*, dem Präsident-

schaftskandidaten, und von *Lorenzo de la Serna*, dem Generalsekretär der *MIM*, tragen und bereits im Handel auf der Insel verschiedentlich als Zahlungsmittel benutzt werden.

vgl. MDA v. 29.9.

### Handelsabkommen Philippinen - UdSSR

Die Aquino-Regierung hat mit der UdSSR beim Besuch einer sowjetischen Handelsdelegation in Manila ein Handelsabkommen unterzeichnet. Danach wird die sowjetische Seite 10.000 t Kohle liefern und dafür im Gegenwert Kokosnußöl und Textilien erhalten. Außerdem wurde für 1989 die Durchführung einer großen sowjetischen Industrieausstellung in Manila vereinbart.

vgl. MDA v. 29.9.

### Diffamierungskampagne gegen internationale Zusammenarbeit

In verschiedenen Papieren aus Kreisen des philippinischen Militärs und des Geheimdienstes wird seit einiger Zeit eine systematische Denunziation der internationalen Zusammenarbeit von Nicht-Regierungs-Organisationen mit philippinischen Partner-

gruppen im Stile des Kalten Krieges versucht. Gleich ob es sich um staatliche, kirchliche oder andere Nicht-Regierungs-Organisationen handelt, sie alle werden als kommunistische Tarnorganisationen eines angeblichen internationalen Netzes der NDF bezeichnet. Philippinische Partnerorganisationen werden dann wegen ihrer Kontakte zu diesen Organisationen ebenfalls diesem „Netz“ zugeschlagen. Aber auch die umgekehrte Argumentationslinie taucht auf: Da philippinische Gruppen Kontakt zu Kommunisten hätten, seien auch ihre internationalen Partner kommunistische Frontorganisationen.

In einem Papier, für das angeblich Geheimdienstchef *Villareal* persönlich verantwortlich zeichnet, tauchen u.a. als Teil des „kommunistischen Netzwerkes“ auf: die Christlich-Demokratische Internationale und die Europäische Volkspartei, die Sozialistische Internationale, die Evangelische Kirche Deutschlands, Dienste in Übersee, die katholischen Entwicklungshilfeorganisationen in Europa, die liberalen Parteien Westeuropas.

In der BRD werden neben der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung und dem In-

stitut für Asienkunde in Hamburg besonders die GRÜNEN und die *Südostasien-Informationsstelle* hervorgehoben, die Schaltstellen der NDF-Unterstützung seien.

Diese groteske Aufzählung hat die philippinische Botschaft in Bonn immerhin offiziell an das BMZ weitergeleitet. Hauptzweck dieser Papiere ist aber offenkundig ein innenpolitischer in den Philippinen selbst. Jede internationale Kooperation, die nicht der direkten Kontrolle des Militärs unterliegt, soll in den Ruf einer Art Militärhilfe für die NPA gebracht und so ein umfassender Vorwand für eine wahllose, verschärfte Repression geschaffen werden.

vgl. Z. Villareal, The CPP International Network in Europe, 15 S.; o.V., CPP/NDF Overseas Revolutionary Work, 9 S.

### NPA-Führungskader aus Gefängnis entkommen

*Romulo Kintanar*, im März dieses Jahres als angeblicher Chef der NPA verhaftet, und die mit ihm verheiratete *Gloria Jopson* sind am 12. November in einer filmreifen Aktion aus dem Gefängnis innerhalb des Hauptquartiers der philippinischen Polizei, Camp Crame in Manila, entkommen.

Sie hatten die Erlaubnis beantragt und bekommen, ihrem ehemaligen Gefängnisdirektor einen Kuchen auf seine Geburtstagsfeier zu bringen. Im Verlauf der Feier wurde ihre Bewachung un aufmerksam. Es gelang den beiden, die Wohnung zu verlassen und in einem schon wartenden Auto aus Camp Crame zu entkommen.

vgl. FEER v. 24.11.; S. 42

